

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG | UNABHÄNGIG - SEIT 1802 - ÜBERPARTEILICH



Alle Christmetten auf einen Blick

Wann und wo die Gottesdienste in Köln an den Festtagen trotz Corona stattfinden – die große Übersicht [Stadtteile](#)

Tanzen gegen den Frust

Nicole Kidman in „The Prom“ [Kino-Magazin](#)



Donnerstag, 10. Dezember 2020 **Kölner Stadt-Anzeiger** Nr. 289 - SSK - Einzelpreis 1,80 €

Tagebuch aus dem Krieg

Vor 80 Jahren schrieb die Kölnerin Klara Mehlich ihre Erlebnisse für ihre Tochter in England auf

» Kultur Seite 22

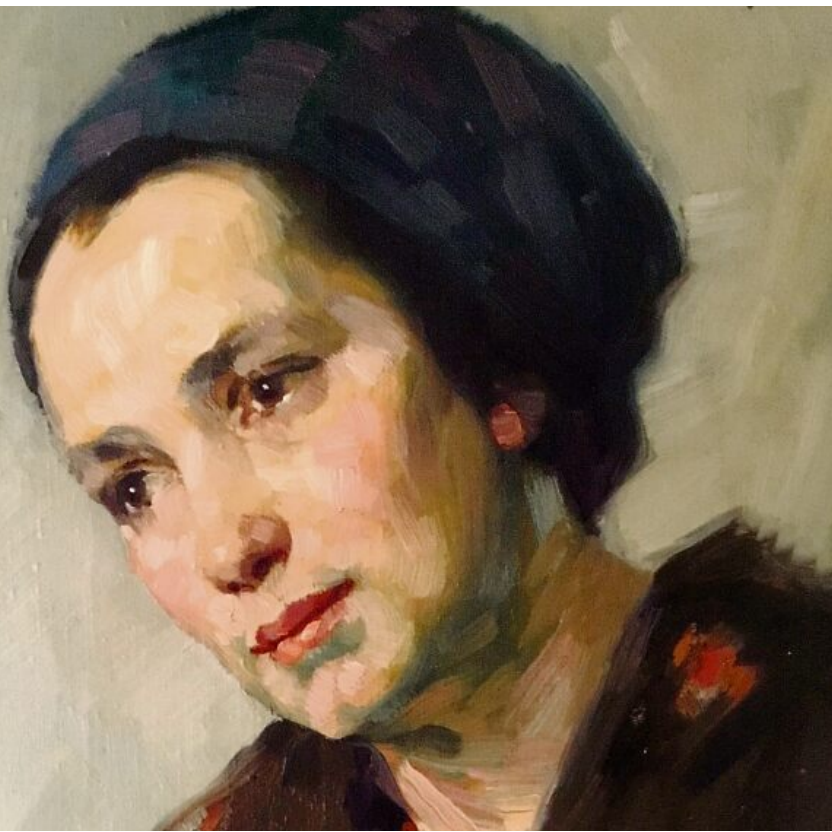


Foto: Claire Westmacott

Klara Mehlich – porträtiert von ihrem Mann, dem Maler Robert Seuffert – im Jahr 1934

Schwere Vorwürfe gegen Woelki

Kölner Erzbischof soll sexuellen Missbrauch nicht dem Vatikan gemeldet haben

VON JOACHIM FRANK

Köln. Im Skandal um sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche stehen schwere Vorwürfe gegen den Kölner Erzbischof, Kardinal Rainer Woelki, im Raum. Er soll als Erzbischof kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 2014 einen Fall schweren sexuellen Missbrauchs durch einen Düsseldorfer Priester pflichtwidrig nicht nach Rom gemeldet haben. Betroffen von den Vorwürfen ist auch Woelkis Vorgänger, Kardinal Joachim Meisner.

Woelki soll im Jahr 2015 nach Sichtung von Personalunterlagen verfügt haben, dass den einschlägigen Missbrauchsvorwürfen gegen den 1929 geborenen Pfarrer Johannes O. nicht weiter nachgegangen, keine kirchenrechtliche Voruntersuchung eingeleitet und der Fall nicht an den Apostolischen Stuhl in Rom gemeldet wurde. Ein solches Agieren von Bischöfen wäre eine kanonische Straftat mit Sanktionen im Höchstfall bis zur Amtsenthebung.

Das Erzbistum erklärte auf Anfrage, Woelki habe versucht, den konkreten Tatvorwurf recherchieren zu lassen. Der „sehr verschlechterte Gesundheitszustand“ von Pfarrer O. sowie die Entscheidung des Opfers, nicht an der Aufklärung mitwirken und sich keiner Konfrontation mit dem Be-

schuldigten aussetzen zu wollen, hätten die Einleitung einer kanonischen Voruntersuchung unmöglich gemacht. Der Tübinger Kirchenrechtler Bernhard Anuth betonte dazu, das Kirchenrecht biete keinen solchen Ermessensspielraum.

Woelki kannte den 2017 in Düsseldorf gestorbenen O. seit seiner Ausbildungszeit zum Priester. Von den Vorwürfen gegen O. erfuhr er nach Bistumsangaben in „allgemeiner“ Form bereits 2011 als für Düsseldorf zuständiger Weihbischof.

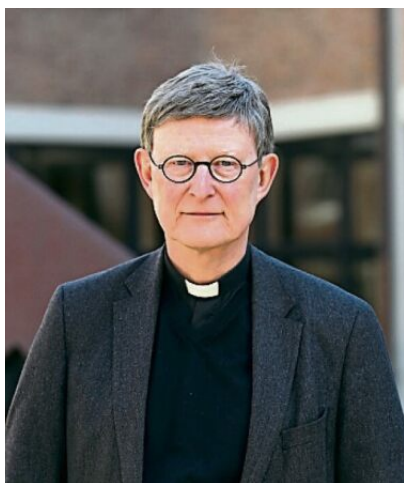


Foto: Martina Goyert

Kardinal Rainer Woelki

Woelkis Amtsvorgänger Kardinal Meisner unterließ schon damals Schritte, die das Kirchenrecht und die bischöflichen Leitlinien zum Umgang mit Fällen sexuellen Missbrauchs vorschreiben. Das Bistum erklärte dazu, der Gesundheitszustand von Pfarrer O. sowie der Wunsch des Opfers hätten eine Konfrontation O.s mit den Vorwürfen verhindert.

Die Tat selbst datiert in die späten 1970er Jahre. Das Opfer war ein Junge im Kindergartenalter. Nach Anzeige des Falls schweren sexuellen Missbrauchs durch das Opfer im Jahr 2010 zahlte das Erzbistum ihm 2011 eine Summe von 15 000 Euro – das Dreifache der damals üblichen 5000 Euro. Dies zeigt, dass die zuständigen Stellen den Fall als besonders schwer ansahen.

Der Kirchenrechtsprofessor Anuth erklärte, generell sei jede Vertuschung eines Missbrauchsfalls durch den Ortsbischof seit Juni 2019 in Rom meldepflichtig und müsse in einem eigenen kirchlichen Ermittlungsverfahren untersucht werden. Anuths Kollege Thomas Schüller von der Universität Münster sagte, so wie das Erzbistum selbst die Abläufe und Entscheidungen Woelkis darstelle, habe es sich um eine „unentschuldbare Verfehlung im Amt“ gehandelt.

» Thema des Tages Seite 2,3

Laschet will Lockdown nach Weihnachten

VON PAUL GROSS
UND GERHARD VOOGT

Berlin/Düsseldorf. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet hat sich für einen harten Lockdown ab dem 27. Dezember ausgesprochen. In Regierungskreisen wird über eine Schließung der Geschäfte bis zum 10. Januar diskutiert.

„Wenn Infektionszahlen steigen, muss der Staat handeln“, sagte der CDU-Politiker am Mittwoch. Im Bundestag

warb Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eindringlich für weitreichende Schließungen um den Jahreswechsel. Endgültige Beschlüsse werden von einem Treffen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin erwartet, das in den nächsten Tagen stattfinden soll.

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann warb für einen einheitlichen Lockdown in Deutschland. „Es macht keinen Sinn, wenn wir nach dem Fest plötzlich einen Reisever-

kehr haben, der sich daran orientiert, wo es die geringsten Beschränkungen gibt – sozusagen als Verordnungs-Hopping nach Weihnachten“, sagte der CDU-Politiker dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hält die Laschet-Pläne für nicht weitgehend genug. Er verlangte schnellere Maßnahmen – wie das Sofort-Verbot des Glühwein-Ausschanks in den Innenstädten. Auch Thomas Kut-schaty, Chef der SPD-Fraktion

im Düsseldorfer Landtag, übte Kritik. Ein klarer Kurs der Landesregierung in der Pandemie sei nicht erkennbar.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker zeigte Verständnis für die geplanten Verschärfungen der Maßnahmen: „Ein harter Lockdown würde sicher dazu beitragen, die Zahl der Neuinfektionen deutlich zu verringern. Ich halte ihn daher für notwendig.“

» Politik Seite 7,8
» Leitartikel Seite 4



„Querdenker“ stehen unter Beobachtung

Entscheidung des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg

Stuttgart/Köln. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg beobachtet als erstes in Deutschland die „Querdenken“-Bewegung. Es lägen „hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Bestrebung“ vor, teilten Innenminister Thomas Strobl (CDU) und Verfassungsschutzpräsidentin Beate Bube am Mittwoch in Stuttgart mit. Mehrere maßgebliche Akteure der „Querdenken“-Bewegung ordne man dem Milieu der Reichsbürger und Selbstverwalter zu, die die Existenz der Bundesrepublik leugnen, hieß es.

NRW-Innenminister Herbert Reul hält das Vorgehen für richtig: „Von Baden-Württemberg ist die Bewegung ausgegangen und radikalisiert sich immer weiter“, sagte der CDU-Politiker dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). In Nordrhein-Westfalen setzten sich die Demonstrationen dagegen aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammen. (dpa, ksta)

» Kommentar Seite 4

» Politik Seite 6

Lösungsvorschlag für Blockade des EU-Haushalts

Brüssel/Warschau. Im Streit um die Blockade des EU-Haushalts hat Deutschland mit Ungarn und Polen einen Kompromiss ausgehandelt. Die Verständigung sieht vor, zu dem von Polen und Ungarn kritisierten Rechtsstaatsmechanismus eine Zusatzklärung zu verabschieden. In ihr soll festgehalten werden, welche Möglichkeiten Ungarn und Polen haben, sich gegen das Verfahren zur Ahndung von Rechtsstaatsverstößen zu wehren. (dpa)

» Politik Seite 6

KÖLN

GLÜHWEIN

Stadt Köln schränkt Ausschank deutlich ein

Mit abendlichem Glühwein ist es in Köln vorbei. Das hat der Corona-Krisenstab beschlossen. Das Verbot gilt ab dem heutigen Donnerstag. Jeweils unter der Woche ist der Verkauf ab 16 Uhr untersagt, am Wochenende schon eine Stunde früher. » Seite 25

NACHRICHTEN

RASSISMUS-SKANDAL

Spieler setzen Zeichen

Nach dem durch einen Schiedsrichter-Assistenten ausgelösten Rassismus-Vorfall beim Champions-League-Spiel in Paris hat die Uefa eine Untersuchung angekündigt. » Sport Seite 17

UNGLÜCK AUF DER A3

Das große Rätseln

Knappe einen Monat nach dem Betonplatten-Unglück auf der A3 ist die Aufarbeitung noch längst nicht abgeschlossen. Im Verkehrsausschuss des NRW-Landtags herrschte Ratlosigkeit.

» Köln Seite 26

RHEINLAND-WETTER

Morgens	Mittags	Abends
0°	3°	2°
min/max am Tag		-2° / 3°
min in der Nacht		-2°

SO ERREICHEN SIE UNS

Abonnenten-Service:
0221 / 925 864 20
Telefonische Anzeigenannahme:
0221 / 925 864 10
E-Mail:
ksta-redaktion@dumont.de
Kontakt:
Amsterdamer Str. 192
50735 Köln
Telefon: **0221 / 224-0**
Fax: **0221 / 224-2524**

www.ksta.de

twitter.com/ksta_koeln